



AUGSBURG IN BÜRGERHAND®

Kommunalwahl 2020

Grundsätze der Bürgerbewegung „Augsburg in Bürgerhand“



Inhaltsverzeichnis

Was uns bewegt ...	Seite – 3 –
Demokratie in der Stadt	Seite – 4 –
Wohnen	Seite – 5 –
Finanzen	Seite – 6 –
Wirtschaft	Seite – 7 –
Daseinsvorsorge	Seite – 8 –
Verkehr	Seite – 8 –
Stadtteilentwicklung	Seite – 10 –
Ökologie	Seite – 10 –
Bildung	Seite – 11 –
Kultur	Seite – 12 –
Energiewende	Seite – 13 –
Sport	Seite – 14 –
Landwirtschaft und Gärtnereien	Seite – 15 –

Augsburg in Bürgerhand e.V., Postfach 10 11 01, 86001 Augsburg

Kontakt: Telefon: (08 21) 570 895 37 | E-Mail: info@augzburg-in-buergerhand.de
Webseite: www.augzburg-in-buergerhand.de

Spendenkonto: Augsburg in Bürgerhand e.V., Stadtparkasse Augsburg
IBAN: DE67 7205 0000 0251 7505 50 | BIC AUGSDE77XXX

Verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RstV: Bruno Marcon, 1.Vorstand

Was uns bewegt ...

- **Bürgerbewegung für Stadt und Region.**
- **Aufbau einer basisdemokratischen Opposition im und außerhalb des Rathauses.**
- **Direkte Bürgervertretung im Parlament statt einer lediglich repräsentativen Vertretung.**
- **Herstellung von vollständiger Transparenz in Stadtrat und Verwaltung.**
- **Vollständig Offenheit für die Anliegen der Bürgerschaft statt Alleinvertretungsanspruch der Parteien.**

Wir sind Bürger, die sich seit einigen Jahren für die Belange in unserer Stadt ehrenamtlich einsetzen. Einige von uns waren aktiv an erfolgreichen Bürgerbegehren beteiligt, die in den vergangenen Jahren mehrmals notwendig waren, um gegenüber den wechselnden Stadtregierungen aus CSU, SPD und Grünen den Bürgerwillen zum Ausdruck zu bringen. So konnte mit Hilfe von Bürgerbegehren zweimal der Verkauf unseres Stadtwaldes verhindert werden, wodurch das Wasser als wichtiger Bestandteil der Grundversorgung in Bürgerhand bewahrt wurde. Auch verhinderten Aktive aus unseren Reihen in 2015 die Privatisierung der Energieversorgung in einem Bürgerentscheid („Augsburger Energieversorgung in Augsburger Bürgerhand“), bei dem sich etwas mehr als 72 % der Abstimmenden gegen die Fusion mit Erdgas Schwaben entschlossen hatten. In den letzten Jahren hat sich der Trend zur Politik über die Köpfe der Bürger hinweg verstärkt, was aus unserer Sicht ein Handeln durch die Bürgerschaft dringend notwendig macht.

Es bereitet uns Sorge, dass unsere Stadt noch nie so hoch verschuldet war wie heute, die Wohnpreise explodieren, immer mehr Menschen durch Unternehmensstilllegungen ihre Arbeit verlieren, die Schere zwischen Arm und Reich stetig auseinandergeht, die Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen wachsen, auch der Verkauf und die Privatisierung unserer Daseinsvorsorge droht. Wir müssen feststellen, dass der Stadtregierung Lösungskompetenzen fehlen, die Stadtfinanzen an die Wand gefahren werden, seriöses Handeln durch Größenwahn ersetzt wird.

Wir wollen das verantwortungslose Handeln der Stadtregierung stoppen, die Stadt und deren Entwicklung in die Hände der Bürger legen, die Tradition und die vielfältigen Ressourcen unserer Stadt stärken, die Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen abbauen, die Geheimniskrämerei in Politik und Verwaltung beenden, eine direkte Demokratie ermöglichen, die stärkere Beteiligung der Bevölkerung an kommunalen Entscheidungsprozessen durchsetzen, die Entmachtung korrupter Politiker ermöglichen, die Mittelverschwendung reduzieren, eine Politik auch für ärmere, weniger gut vertretene Bürger durchsetzbar machen, die Entscheidungen auf die Ebene der Betroffenen verlagern.

Deshalb haben wir die Bürgerbewegung „Augsburg in Bürgerhand“ für unsere Stadt und die Region gegründet. Keiner unserer Aktiven ist Mitglied einer Partei und wir wollen auch selbst keine Partei sein. Wir verstehen uns als direktes Organ für die Stimme der Bürger in und außerhalb des Rathauses. Wir haben keinen Alleinvertretungsanspruch, sondern setzen uns für die vollständige Offenheit für die Anliegen der Bürgerschaft ein. Wir reichen allen Menschen in unserer Stadt, unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Status, unsere Hand, um mit uns gemeinsam „Augsburg in Bürgerhand“ zu verwirklichen. Wir fassen unsere politischen Vorstellungen nicht als abgeschlossenes Programm auf, vielmehr wollen wir gemeinsam mit den Bürgern über Diskussionsprozesse unsere Überlegungen und Forderungen erweitern und durchsetzen.

Demokratie in der Stadt



DEMOKRATIE

- **Vollständige Transparenz bei Vorgängen in Politik und Verwaltung.**
- **Umfassende Informationsfreiheit für die Bürger.**
- **Teilhabe und Entscheidungsrechte durch direkte Demokratie.**
- **Regelmäßige Bürgerversammlungen in den Stadtteilen.**
- **Einführung eines Bürgerhaushaltes.**
- **Aufbau eines Räte- und Beirätesystems.**
- **Bürgerentscheide bei Grundsatz- und Zukunftsfragen der Stadt.**

Der Augsburger Stadtrat ist nicht in der Lage, die Vielzahl der Meinungen und Einstellungen der Bürger zu erfassen und zu repräsentieren, stattdessen hat sich eine Art präsidiales System eingeschlichen, das von oben nach unten am Willen der Bürger vorbei handelt und regiert. Die hohe Anzahl von Bürgerbegehren in unserer Stadt zeigt dies mehr als deutlich. Die im Stadtrat vertretenen Parteien verfolgen ihre eigenen Machtinteressen und haben sich einflussreiche Posten angeeignet. Wichtige Entscheidungen werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Geheimen abgehandelt. Doch Stadtvertreter sollen Diener der Bevölkerung sein und nicht deren Herrscher.

Als ersten Schritt wird die Bewegung „Augsburg in Bürgerhand“ dafür sorgen, dass vollständige Transparenz in den vorhandenen städtischen Strukturen, in den offiziellen und inoffiziellen Netzwerken, in den Beschlussvorbereitungen und Beschlussfassungen der Verwaltung und den politischen Entscheidungsgremien (z.B. keine nichtöffentlichen Sitzungen mehr) hergestellt wird. Die Bürger haben das Recht auf umfassende Informationsfreiheit und dieses Recht muss vollumfänglich verwirklicht werden. Mitwirkungs- und Teilhabemöglichkeiten sind grundlegende Voraussetzungen zur Verwirklichung von Bürgerwillen.

Deshalb sollen Formen direkter Demokratie eingeführt werden:

– **Bürgerversammlungen in den Stadtteilen**

Dort, wo die Bürger wohnen, leben und vielleicht auch arbeiten, sollen sich Bürger aktiv einbringen können. Daher sollen in den Stadtteilen zweimal im Jahr Bürgerversammlungen abgehalten werden, in denen die Bürger ihre Anliegen vorbringen und nach einem Diskussionsprozess darüber entscheiden können.

– **Bürgerhaushalt**

Bürger entscheiden über Finanz- und Haushaltsangelegenheiten der Stadt auf Grundlage der Beratung innerhalb eines Diskussionsprozesses. Das Beratungsgremium wird aus der Bürgerschaft repräsentativ ermittelt („Augsburg in Bürgerhand“ wird dazu ein Modell vorschlagen).

– **Aufbau eines Räte- und Beirätesystems**

Für Sachbereiche und als Vertretung bestimmter Bevölkerungsgruppen soll ein Räte- und Beirätesystem eingeführt werden. Diese Räte sind sachkundige und aktive Bürger, die angehört werden müssen und ein hohes Maß an Mitbestimmung bei Entscheidungen auf kommunaler Ebene haben. Hierfür liegt bereits ein Satzungsentwurf vor, den „Augsburg in Bürgerhand“ in Übereinstimmung mit der bayerischen Gemeindeordnung entwickelt hat.

– Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

In einem weitreichenden Beschluss hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die Rechte der Bürger durch Bürgerentscheide erweitert. So können Bürger durch Bürgerbegehren auch Beschlüsse für Zukunftsfragen und -projekte herbeiführen. Durch einen Bürgerentscheid können inakzeptable Beschlüsse des Stadtrats revidiert werden, womit auch eine höhere Rechtssicherheit erreicht wird.

Wohnen

- **Bildung einer „Augsburger Allianz gegen Immobilienspekulation“.**
- **Kein weiteres Verschleudern von kommunalem Eigentum an Grund und Boden.**
- **Umfassender Erwerb von privaten Flächen durch die Stadt für den Wohnungsbau.**
- **Extensiver Ausbau des sozialen Wohnungsbaus.**
- **Bereitstellung eines angemessenen studentischen Wohnraums.**
- **Kooperation von Stadt und WBG mit Bürger-Wohngenossenschaften.**
- **Wohngebiete mit Mietermix und Mehrgenerationenwohnen.**



In Augsburg sind in den letzten Jahren die Immobilien- und Mietpreise regelrecht explodiert. Wohnen wird immer kostspieliger und die Miete frisst inzwischen teilweise bis zu 50 % des Einkommens. Immer mehr private Finanzanleger drängen auf den Wohnungsmarkt und wollen Profite maximieren. Die Stadtregierung heizt die Preisdynamik an, indem sie wertvolle städtische Immobilien zu Schleuderpreisen an private Anleger veräußert und gleichzeitig die eigenen Möglichkeiten zum Erwerb von Grund und Boden sträflich vernachlässigt.

Besonders der soziale Wohnungsbau ist trotz städtischer WBG in den letzten Jahren nicht entscheidend vorangetrieben worden, im Gegenteil, der Bestand an Sozialwohnungen ist in den letzten Jahren stetig zurückgegangen. Der Anteil an gefördertem Wohnraum muss daher stark erhöht werden. An Wohnungspolitikern, wie etwa der Stadt Wien, wird sichtbar, dass dies bürgerschaftlich gewollt ist und auch gelingen kann.

Der Erwerb von Grund und Boden darf nicht weiter privaten Anlegern überlassen oder übertragen werden. Mittels der WBG soll ein umfassender Erwerb von Grund und Boden erfolgen. In Kooperation mit Bürgergenossenschaften kann Wohnpolitik kreativ gestaltet werden. Um solch eine Kooperation zu fördern, kann vermehrt auf Erbpachtregelungen zurückgegriffen werden, die sich in der Vergangenheit bereits bewährt hatten. Vor allem muss es einen extensiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus durch die WBG geben. Aufgrund wachsender Studentenzahlen ist zudem angemessener studentischer Wohnraum bereitzustellen.

Der Neubau und die Vermietung von Wohnraum muss so angelegt sein, dass ein Mietermix hinsichtlich Alter, Status und Herkunft entsteht, besonders das Mehrgenerationenwohnen soll gefördert werden. Bürger und städtische Stellen sollen eine „Augsburger Allianz gegen Immobilienspekulation“ bilden, um einen Wall gegen Finanzspekulanten zu errichten und sich offensiv gegen die Verwerfungen auf dem Immobilienmarkt zur Wehr zu setzen.

Finanzen



- **Verhinderung von Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge.**
- **Kassensturz und Überprüfung städtischer Ausgaben – Für eine seriöse Ausgabenpolitik.**
- **Keine Großprojekte mehr ohne Bürgerwillen.**
- **Beseitigung von Schattenhaushalten und des Doppik-Buchungssystems.**
- **Einrichtung eines Bürgerhaushalts mit Entscheidungsbefugnis der Bürger.**

Die vergangenen Stadtregierungen haben die Stadtfinanzen „an die Wand“ gefahren. Besonders die aktuelle Regierung aus CSU, SPD und Grünen betreibt eine desaströse Schuldenpolitik. Noch nie war der Schuldenstand der Stadt, trotz sprudelnder Ausgleichszahlungen durch das Land Bayern, so hoch wie heute. Damit wird den nachfolgenden Generationen ein schweres Erbe hinterlassen. Der Stadtregierung fehlt es an vernünftiger Finanzplanung und seriöser Ausgabenpolitik. Besonders die aktuellen Großprojekte, wie etwa der kostspielige Bahnhofstunnel und die teure Theatersanierung, zeugen von Fehlplanung und Inkompetenz. Die Kosten für diese Projekte explodieren, obwohl Bürger von Anfang an eine realistische Kostenplanung eingefordert hatten. Es müssen zusätzliche hohe Kredite aufgenommen werden, die über Generationen hinweg Stadt und Stadtwerke verschulden werden.

Aufgrund dieser Schuldenmacherei droht nach der Kommunalwahl 2020 ein Ausverkauf des öffentlichen Eigentums unserer Stadt. Schon in der Vergangenheit hat die Stadtregierung wertvollen städtischen Immobilienbesitz verschleudert. Um die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge zu verhindern, müssen die Bürger der Stadtregierung Einhalt gebieten. Es muss ein „Kassensturz“ durchgeführt werden, verbunden mit einer intensiven Überprüfung der bisherigen Ausgabenpolitik. Es darf keine Großprojekte mehr ohne Kontrolle der Ausgaben durch direkte Beteiligung der Bürger geben. Großprojekte müssen sich grundsätzlich nach dem Gemeinwohl ausrichten.

Eine seriöse Haushaltspolitik mit einer klaren öffentlichen Bilanzierung des städtischen Haushalts muss Einzug halten, Schattenhaushalte und Doppik-Buchungssysteme sind aufzulösen. Investitionen sollen vorwiegend in langfristige Zukunftsnotwendigkeiten fließen, vor allem in den Bereichen Nachhaltigkeit, Daseinsvorsorge, Bildung und Schulen.

Der Haushalt soll zukünftig in Form eines „Bürgerhaushalts“ beraten und beschlossen werden. Weitreichende Mitgestaltungs- und Entscheidungsbefugnisse für die Bürger sollen Teil dieses Prozesses sein. Dabei werden alle Bürger in einem dauerhaften Prozess mit einbezogen. In Foren und im öffentlichen Diskurs werden die Entscheidungen gefällt. Damit wird auch möglicher Korruption der Boden entzogen.

Wirtschaft



- **Gründungsoffensive für Kleinunternehmen im Dienstleistungssektor.**
- **Gezielte Förderung von Start-ups junger Unternehmensgründer der Solidarischen Ökonomie.**
- **Gegen Kungeleien mit Großkonzernen.**
- **Verantwortungsübernahme gegenüber den Beschäftigten und Altlastenbeseitigung bei Betriebsschließungen.**
- **Ausrichtung kommunaler Unternehmen auf Gemeinwohl.**
- **Deutliche Begrenzung von Managergehältern in kommunalen Unternehmen.**
- **Nutzung regionaler Kompetenz in Führungspositionen.**
- **Einführung einer regionalen Währung.**

Die Zukunft der städtischen Wirtschaftsentwicklung liegt in der Förderung von Dienstleistungen und kleinen wirtschaftlichen Einheiten. Großkonzerne stellen einen hohen Unsicherheitsfaktor für die Stadt dar, da diese aufgrund der Globalisierung keine Verbindung mehr zur Region haben. Ihre absolute Ausrichtung auf Profitmaximierung und Globalisierung raubt der Region Ressourcen. Die globalen Konzentrationsprozesse führen zu Eigentümerwechseln und Schließung von Betrieben mit gravierenden Folgen für die Menschen, die Stadt und die Region. Die Massenentlassungen in den letzten Jahren haben zur Arbeitslosigkeit und Belastungen für die Sozialsysteme geführt. Die Unterstützung dieser Konzerne durch die städtische Wirtschaftspolitik ist einzugrenzen und die Übernahme von Verantwortung für die Menschen in der Region ist von diesen Konzernen einzufordern. Einen Verkauf von Grund und Boden ohne Altlastenbeseitigung auf Kosten der Verursacher darf es nicht geben. Kniefälle der Stadtverantwortlichen und Kungeleien hinter verschlossenen Türen müssen ein Ende haben.

Statt der Bereitstellung einer umfangreichen und durch Steuergelder finanzierten Infrastruktur für Großkonzerne ist eine Gründungsoffensive für Kleinbetriebe zu starten. Ein besonderes Augenmerk soll auf Start-ups junger Gründer im Rahmen von Projekten der Solidarischen Ökonomie gelegt werden. Förderungswürdig sind vor allem die Projekte, die eine feste Verankerung in der Region haben und für Nachhaltigkeit eintreten.

Die Unterstützung dieser Kleinunternehmen soll zu einer zentralen Aufgabe der städtischen Wirtschaftspolitik und der sich im Eigentum der Stadt befindlichen Stadtparkasse werden. Um den regionalen Wirtschaftskreislauf und insbesondere die Klein- und Mittelstandsunternehmen zu fördern soll eine regionale Währung eingeführt werden. Diese Währung soll unter Verwaltung der Bürgerschaft stehen und einen Schutz vor negativen Einflüssen der Finanzmärkte darstellen.

Alle städtischen Einrichtungen, sowie die städtischen Töchter, werden gemeinwohlorientiert aufgestellt und mit einer Gemeinwohlbilanz ausgestattet. Dies gilt im besonderen Maße für die in städtischem Eigentum befindlichen Kapitalbetriebe, wie etwa die Stadtparkasse, die städtische Wohnungsbaugesellschaft und die Stadtwerke. Hohe Managergehälter in kommunalen Betrieben sollen drastisch begrenzt und die betrieblichen Leitungsebenen mit kompetenten Fachkräften vorrangig aus der Region besetzt werden. In den Führungsebenen kommunaler Betriebe soll das Gemeinschaftsprinzip gelten.

Daseinsvorsorge



- **Verbleib der Daseinsvorsorge im vollständigen Eigentum der Bürger.**
- **Anstreben einer Rekommunalisierung städtischer Kapitalbetriebe.**
- **Wasserversorgung unter Kontrolle der Bürger als kommunaler Eigenbetrieb**
- **Ausbau der Müllverwertung durch innovative Recycling- und Kreislaufstrukturen.**

Die Grundversorgung der Augsburger Bevölkerung muss vollständig in öffentlicher Hand bleiben. Jegliche Privatisierung mit der Absicht, die Augsburger Daseinsvorsorge profitorientierten Zielen zu unterwerfen, muss auf den entschiedenen Widerstand der Bevölkerung treffen. Bereits vollzogene Privatisierungen in diesen Bereichen müssen rückgängig gemacht werden. Zur Daseinsvorsorge gehören: Verkehrs- und Beförderungswesen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, Abwasserbeseitigung, Müllabfuhr, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Friedhöfe, Schwimmbäder, Feuerwehr, Pflegeeinrichtungen.

Städtische Kommunalbetriebe, die in der Vergangenheit zu Kapitalbetrieben umgewandelt wurden, müssen nach Möglichkeit rekommunalisiert und zu Eigenbetrieben der Stadt umgewandelt werden. Als erster Schritt soll eine solche Umwandlung für die Stadtwerke-Wasser GmbH erfolgen, um die Trinkwasserversorgung für die Bürger zu sichern und sie einem möglichen Zugriff von Konzernen zu entziehen. Die Umwandlung der Wasser GmbH zu einem städtischen Eigenbetrieb ermöglicht auch eine enge Kooperation des Trinkwasserbereiches mit dem städtischen Eigenbetrieb „Abwasser“.

Um die wirtschaftliche Auslastung der Müllverbrennungsanlage zu erzwingen, wird Augsburg immer mehr zur Müllhalde überregionaler Müllbeseitigung, mit all ihren Belastungsfaktoren wie z. B. verschmutzter Luft und ausuferndem Verkehr. Die Müllverbrennung stellt aus unserer Sicht keine Zukunftslösung dar und soll daher nicht weiter ausgebaut werden. Die Antwort liegt in zukunftsträchtigem Ausbau der Müllverwertung durch innovative Recycling- und Kreislaufstrukturen. Hier ist der Wissenschaftsstandort Augsburg gefordert, der regionale Konzepte zur Ressourceneffizienz umsetzen soll.

Verkehr



- **Deutlicher Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.**
- **Umgehende Reduzierung von Schadstoffbelastungen in der Luft.**
- **Ausstattung des städtischen Fuhrparks mit Hybridfahrzeugen.**
- **Angemessener Ausbau der e-Mobilität und Nutzung von Gasfahrzeugen.**
- **Stadtwerke: Zurücknahme der aktuellen Preiserhöhung und der neuen Preisstufenregelung; Seniorentickets ohne Zeitbeschränkungen; Einführung von preisgünstigen Jahrestickets.**
- **Massiver Ausbau der Radverkehrsanlagen und des Radwegenetzes.**
- **Schnelle Umsetzung einer „Verkehrswende“.**
- **Schaffung einer „Allianz für kostenlosen öffentlichen Nahverkehr“.**

Augsburg hat in seiner Innenstadt eine hohe Schadstoffbelastung, es drohen bereits Fahrverbote. Betrügerische Manipulationen von Fahrzeugherstellern haben dieses Problem verschärft. „Augsburg in Bürgerhand“ unterstützt alle Maßnahmen, die geeignet sind, die Verursacher hierfür in Haftung zu nehmen. Die Stadt soll den politischen Auftrag haben,

entsprechende Maßnahmen auf der Ebene des Landes und des Bundes einzufordern und mögliche kollektive Klagen zu unterstützen.

Die Alternativen für das ständig wachsende Verkehrs- und Schadstoffaufkommen liegen besonders im Umdenken der bisherigen Verkehrspolitik: Wir brauchen eine Verkehrswende. Dazu müssen den Kommunen durch das Land und den Bund entsprechende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Die Verkehrswende hat alle anderen Verkehrsmittel zu fördern und ihre Vernetzung voranzubringen. Mit der damit einhergehenden Reduzierung des Stadtverkehrs wird sich auch die Gesundheit der Bürger verbessern. Gerade im städtischen Bereich muss in enger Abstimmung mit Maßnahmen der Energiewende die e-Mobilität und der Einsatz von Gas- und Wasserstofffahrzeugen vorangebracht werden. Im Sinne der Vorbildfunktion soll der städtische Fuhrpark mit Hybrid-Fahrzeugen ausgestattet werden. Dazu gehört auch eine mögliche Entwicklung von Aggregatsystemen wie „mobilen BHKW“ (an Wärme- und Stromnetz andockbare Hybridfahrzeuge). Ebenso muss auch eine deutliche Reduzierung der Schadstoffbelastungen kurzfristiges Ziel der Stadt sein.

Der öffentliche Nahverkehr muss deutlich ausgebaut werden. Es müssen Anreize in Preisgestaltung und Versorgungsqualität geschaffen werden, um Menschen zu motivieren auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen. Dazu gehört auch die Verbindung zwischen den einzelnen Sektoren und die Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsmittel. Die Vernetzung zwischen Bahn, Bus, Straßenbahn, Carsharing, Fahrrad, Lastenfahrrad und privaten Anbietern wird als öffentliche Aufgabe gesehen. Das Park&Ride-Angebot muss ausgebaut werden.

Die bisherige Verkehrspolitik der Staatsregierung und auch der Stadtwerke gehen in die falsche Richtung und verschärfen die vorhandenen Probleme. Die aktuellen Preiserhöhungen und neuen Preisstufenregelungen der Stadtwerke müssen sofort zurückgenommen werden. Es müssen preisgünstige Jahrestickets und Seniorentickets ohne Zeitbeschränkungen eingeführt werden. Augsburg ist weit davon entfernt, „Fahrradstadt“ zu sein, es muss daher einen massiven Ausbau der Radverkehrsanlagen und des Radwegenetzes geben. Als wichtiger Schritt hin zu mehr Sicherheit gilt es, die Radverkehrsführungen an Kreuzungen umfassend abzusichern.

Die gesamte städtische Verkehrspolitik soll als bedeutende Infrastrukturmaßnahme der Zukunft begriffen werden. Dafür müssen Finanzmittel des Bundes und des Landes eingefordert werden. Um dieses Ziel voranzubringen, soll eine „Allianz für den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr“ unter direkter Bürgerbeteiligung geschaffen werden.

Stadtteilentwicklung



- **Energischer Kampf gegen Gentrifizierung und Ghettobildung.**
- **Entwicklung von Stadtteilzentren mit eigener Versorgungsstruktur.**
- **Schaffung öffentlicher Begegnungsstätten und niedrigschwelliger Gesundheitsversorgung.**
- **Einrichtung dezentraler Gesundheitszentren in den Stadtteilen.**

Die soziale Umstrukturierung innenstadtnaher Stadtteile (Gentrifizierung) ist auch in Augsburg in vollem Gange. Durch Immobilienspekulation und Privatisierung des sozialen Wohnungsbaus werden angestammte Bevölkerungsgruppen aus ihrem Stadtteil vertrieben. Betroffen sind insbesondere ärmere soziale Schichten, die verstärkt an die Stadtränder gedrängt werden. Dort entwickeln sich Ghettos mit all den bekannten sozialen Problemen. Der Gentrifizierung und den Ghettobildungen muss energisch der Kampf angesagt werden, z. B. durch einen Wohnmix in Bezug auf Alter, Status und Herkunft.

Die Stadtteile müssen wieder mit Leben erfüllt werden, historische Infrastrukturen sollen erhalten bleiben oder gegebenenfalls wiederbelebt werden. Die Stadtteile sollen wirtschaftlich und politisch ein eigenständiges Leben entfalten, vor allem aber müssen dort Versorgungsstrukturen und Begegnungen der Menschen untereinander stattfinden. Daher müssen eine Versorgungsstruktur mit Kleingewerbetreibenden sichergestellt und Zentren mit Begegnungsorten und -stätten aufgebaut und gefördert werden.

In den Stadtteilen muss es einen niedrigschwelligen Zugang zur Gesundheitsversorgung und Gesundheitsvorsorge geben. Dieser Zugang muss für Menschen jeglicher Herkunft sichergestellt sein. Hierfür sind Gesundheitszentren, inklusive sozialpsychiatrischer Versorgung, einzurichten.

Zusammenhängende Grünzüge durch die Stadt sollen einerseits das Lebensgefühl der Menschen verbessern und andererseits wichtige Begegnungsstätten für die Menschen in den Stadtteilen sein.

Ökologie



- **Keine Privatisierung von städtischen Naherholungsgebieten.**
- **Bewahrung und Sicherung von städtischen Grünflächen.**
- **Durchgehender Grünzug in der Innenstadt in Nord-Süd-Richtung.**
- **Strenge Kontrolle von Baumfällaktionen, vollständiger Schutz von Baumbeständen und Pflege des Augsburger Grüns.**
- **Ausbau von Grünflächen unter Selbstverwaltung der Bürger.**
- **Umsetzung des „licca liber“-Konzepts für Augsburg; Erhalt der „Augsburger Flugplatzheide“.**

Die aktuelle Stadtregierung vernichtet in großem Umfang wertvolles städtisches Grün. Der „Grüne“ Umweltreferent wird zum obersten Baumfäller, ob in Herrenbach oder in anderen Stadtteilen. Immer mehr Grünflächen werden entweder kaum noch gepflegt oder gleich zubetoniert. Schon in der Vergangenheit waren alle regierenden Parteien von CSU, SPD und Grünen bereit, unser wichtigstes Naherholungsgebiet, den Siebentischwald, zu verkaufen.

Nur durch zwei Bürgerbegehren in den Jahren 2004 und 2008 konnte dies – und damit auch eine mögliche Privatisierung des Augsburger Wassers – verhindert werden.

Es fehlen auch Konzepte, wie der Klimaänderung und der wachsenden Luftbelastung auf städtischer Ebene begegnet werden kann. Luftreinheit, Wasserqualität, ausreichende Grünflächen, Naherholungsgebiete und naturnahe Spielplätze sind Grundlagen für das Wohlbefinden der Bürger. Sie müssen als Eigentum in Händen der Stadt und ihrer Bürger bleiben, daher wenden wir uns gegen jegliche Privatisierungs- und Verkaufsabsichten. Wir treten nicht nur für die Bewahrung des vorhandenen Grüns ein, vielmehr fordern wir dessen Ausweitung. Ein Baustein ist die Entwicklung zusammenhängender Grünzüge, weshalb wir uns für eine durchgehende „grüne“ Verbindung vom Wittelsbacher Park über Königsplatz und Theater bis hin zur Wertach einsetzen. Im Stadtgebiet muss ganz allgemein die Baum- und Grünflächenpflege ausgeweitet werden.

Wir unterstützen das Eintreten der Bürger für den Erhalt des Baumbestandes. Willkürliche Baumfällaktionen müssen verhindert werden und es darf keine Fällungen mehr ohne Kontrolle durch die Bürger geben. Bürgerinitiativen, die sich für eine Begrünung der Stadt einsetzen, sollen öffentlich unterstützt werden. Brachliegende Flächen sollen Bürgern für eine Selbstverwaltung von Projekten (urban gardening) zur Verfügung gestellt werden. Wir treten zudem für Baumpatenschaften ein.

„Augsburg in Bürgerhand“ setzt sich für die Renaturierung unserer Flüsse ein. Insbesondere der stadtnahe Rückbau des Lechs im Rahmen des „licca liber“-Projekts erfährt unsere Unterstützung, da es den Naherholungswert und die Biodiversität erhöht. In diesem Sinne setzen wir uns auch für den vollständigen Erhalt der noch bestehenden Fläche der „Augsburger Flugplatzheide“ in Haunstetten ein.

Bildung

- **Schulen und andere Betreuungseinrichtungen als vielfältige Begegnungszentren des interkulturellen Austauschs.**
- **Ausbau der städtischen Investitionen in städtische Schulen.**
- **Nachmittagsangebote als anregende und abwechslungsvolle Bereicherung der Entwicklung durch Kooperation mit verschiedensten Institutionen und Einrichtungen.**
- **Keine Instrumentalisierung der Schüler für Marketing von Großfirmen.**
- **Einhaltung der Garantie für wohnortnahe Kita-Plätze.**



Die Entwicklung der städtischen Schulen, Kindergärten und anderen städtischen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen hin zu stadteilverbindenden Orten der Begegnung und des interkulturellen Austauschs soll gefördert werden. Es sollen geborgenheitsspendende, gemeinsam gestaltete Orte gebildet werden, die von den Bürgern genutzt und mit Instand gehalten werden (Aktionstage/-Nachmittage) und von fest angestelltem, fair bezahltem Reinigungspersonal gepflegt werden.

Die Stadt hat diese Entwicklung durch angemessene Investitionen in notwendige Umbaumaßnahmen, zum Brandschutz, zur Sanierung der sanitären Anlagen sowie zur Ausstattung mit Spielplätzen und anderen Bewegungsangeboten für den Pausenhof zu fördern. Die Grundausrüstung mit ausreichend qualitativen Lehrmitteln und deren

Finanzierung darf nicht durch werbende Unternehmen vonnöten sein müssen. Auch dafür hat die Stadtkasse auf zu kommen. Unsere moderne Arbeitswelt erfordert neue, flexible Betreuungsmodelle für Kinder auch an den Nachmittagen.

Ganztagschulkonzepte haben sich in der Vergangenheit wenig bewährt und führen oftmals zu einer kräftemäßigen Überforderung der Kinder, Lehrer und Eltern. Auch die momentanen offenen Ganztagsangebote entsprechen oft in keiner Weise kindlichen Bedürfnissen. Es darf nicht sein, dass die Nachmittagsbetreuung nur in den Schulräumen oder gar Schulkellern statt findet! Dies soll ersetzt werden durch zeitlich flexible, schulintegrierte oder ortsnahe Nachmittagsangebote, die in Zusammenarbeit mit Sportvereinen, Musikschulen und anderen externen Lehrenden (z.B. Tanzschulen, Erlebnis- und Waldpädagogen etc.) und Jugendsozialarbeitern gestaltet werden und eine offene, attraktive Alternative zu digitalen Unterhaltungsmedien darstellen.

In diesem Zusammenhang sind Museen, Büchereien und die Volkshochschule für die Augsburger Bürger kostenlos (Ausnahme: das Entleihen elektronischer Medien). Der Zugang zu Naherholungsgebieten durch kostenlosen Nahverkehr für Schüler ist zu unterstützen.

Dafür notwendige Umbaumaßnahmen sind nachhaltig zu planen, zu gestalten und durch die Stadtkasse zu finanzieren. Das Lehrerkollegium soll an den Betreuungszeiten am Nachmittag ersetzt werden durch fest angestelltes Betreuungspersonal, Studenten und Schüler höherer Jahrgangsstufen. Das fördern von kleinen Klassen ist in diesem Zusammenhang ebenfalls selbstverständlich und wird durch eine ausreichende Anzahl von eingestellten Lehrern gewährleistet. Jede Familie hat ein Anrecht auf einen Kita-Platz, die Gründung neuer Bildungseinrichtungen muss von der Stadt gefördert und vereinfacht werden.

Kultur

- **Entscheidung darüber, welche Kultur, welches Theater, die Bürger haben wollen.**
- **Breite Debatte der Bürger über die Zukunft einer dezentralen Kulturlandschaft.**
- **Abschaffung hochbezahlter Intendanten.**
- **Förderung von Kleinkunst und Ensembles in den Stadtteilen.**
- **Förderung der Freilichtbühne als städtisches Kulturzentrum.**
- **Förderung der städtischen Museumslandschaft und der historischen Schätze Augsburgs (Römisches Museum).**
- **Kultur muss für alle da sein.**



Kultur hat eine große Bedeutung für die Identitätsstiftung der Menschen, daher sollen besonders die kulturellen Schätze Augsburgs bewahrt werden. Der römische Gründungsmythos der Stadt wird aus unserer Sicht nicht entsprechend gewürdigt und die vorhandenen Altertümer werden weder der Bildungsförderung zur Verfügung gestellt noch als Anziehungspunkt für Besucher der Stadt präsentiert. Das Römische Museum etwa ist seit Jahren geschlossen. Dieses Museum muss sofort instandgesetzt werden und der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Auch ein Römerpfad im Pfannenstiel ist zügig umzusetzen.

Die reichhaltige Stadtgeschichte Augsburgs, besonders im Mittelalter (wie auch im Stadtarchiv ausführlich dokumentiert), soll in städtischen Veranstaltungen gewürdigt werden. Dabei sollen vor allem die Leistungen und die Kreativität der Augsburger Bürger

herausgestellt und nicht nur das Leben der reichen Herrscher dargestellt werden. Regionale Vereine und Theatergruppen, welche die Augsburger Geschichte und Sprache präsentieren, sollen eine besondere Förderung erhalten. Gerade auch die Freilichtbühne soll die Vielfalt des kulturellen Lebens widerspiegeln und ein Alleinstellungsmerkmal erhalten.

Der Erhalt, die Sicherstellung und gegebenenfalls auch die Ausweitung von Arealen für Kunstschaaffende und ebenso für Künstler der freien Szene muss von der Stadt gewährleistet werden. Die wirtschaftliche und politische Vereinnahmung freier Gruppen muss verhindert und non-profit Veranstaltungen sollen gefördert werden.

Kultur muss „für alle“ da sein und insbesondere auch für sozial Schwächere zur Verfügung stehen. In den Stadtteilen ist ein vielfältiges Kulturleben zu entwickeln, mit Auftrittsmöglichkeiten von Kunstschaaffenden aus allen sozialen Schichten. In diesem Sinne soll eine breite städtische Debatte um die zukünftige Ausrichtung des professionellen Kulturlebens angestoßen werden und auch wie dessen Vernetzung mit der freien Szene stattfinden kann. Welche Kultur, für wen und an welchen Orten, soll zur Leitfrage erhoben werden, ebenso die Frage nach einer dezentralen Ausrichtung der Kultur. Hochbezahlte Intendanten sind in Frage zu stellen.

Energiewende



- **Entwicklung einer dezentralen Energieversorgungsstruktur durch vernetzte Anlagen in Verbindung mit der Stadtentwicklung.**
- **Weiterführung und Umsetzung des Klimaschutzkonzepts, sowie aller hierzu erarbeiteten Grundlagen.**
- **Ausbauoffensive Augsburg 100 % erneuerbar.**
- **Massiver Ausbau von Photovoltaik und Solarthermie.**
- **Windkraft an geeigneten Standorten als Bürgeranlagen, sowie Ausbau von Kleinanlagen von Wind- und Wasserkraft in den Stadtbereichen.**
- **Energiewende in allen Bereichen, sowie Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr.**
- **Energienetze müssen weiter in öffentlicher Hand verbleiben.**
- **Umbau zu offenen intelligenten Strom- und Wärmenetzen.**

Die Energiewende ist technisch und finanziell längst umsetzbar. Nur durch die jahrelangen politischen Hemmnisse und Unklarheiten, sowie der Berücksichtigung einseitiger Interessen am Willen der Bürger vorbei, wird deren Realisierung verhindert. Im Sinne der gesellschaftlichen Verantwortung kann die Blockadehaltung der kommunalen Politik nicht länger hingenommen werden. Im Bürgerentscheid „Augsburger Stadtwerke in Augsburger Bürgerhand“ im Jahre 2015 haben 72,3 % der abstimmenden Bürger ein klares Votum dafür abgegeben, die Augsburger Energiewende selbst in die Hand zu nehmen. Damit ist aus Sicht der Bürger eine dezentrale Energiewende in Bürgerhand sofort in zwei Schritten zu beginnen.

In der ersten Phase kann die intelligente Vernetzung von heute schon zur Verfügung stehenden Technologien die bestehende Versorgungsstruktur zu 100 % ersetzen. Mit dem offensiven Ausbau von Sonnen-, Wind- und Wasserenergie sollen die Potentiale der erneuerbaren Energien in Augsburg voll ausgeschöpft werden. Das Klimaschutzkonzept hat hierfür die wesentlichen Stellhebel aufgezeigt. Für die notwendige Versorgungssicherheit und die Verbindung zur Wärmeversorgung würden Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen die restliche

Energie zur Verfügung stellen. Der Ausgleich zwischen den dezentralen Anlagen erfolgt über einen qualitativen Umbau der Energienetze und der bestehenden Speichertechnologien.

In der zweiten Phase kann die bestehende Struktur mit Hilfe der Methanisierung zu 100 % mit erneuerbarer Energie versorgt werden. Eine weitere Qualifizierung und Integration von neuen Technologien, wie zum Beispiel zukünftiger Speichertechnologien, kann damit problemlos und schrittweise erfolgen. Auch die Verbindung zum Verkehrssektor könnte durch die Entwicklung von mobilen Kraftwärmekopplungsanlagen (andockbaren Hybridfahrzeugen) erfolgen, weitere Verkehrskonzepte können hier ebenso integriert werden. Damit könnten alle technologischen und finanziellen Synergien voll ausgeschöpft werden.

Die dezentrale Realisierung ist in enger Abstimmung mit der Stadtentwicklung und den Quartierslösungen zu verwirklichen, der städtische und soziale Wohnungsbau (WBG) soll hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen. So könnten durch finanzielle Synergien auch Mietkosten gesenkt werden. Bereits in der Vergangenheit zeigte sich eine große Bereitschaft der Bürger, für die dezentrale Energiewende Finanzierungsmittel zur Verfügung zu stellen. Mit Lösungen, wie etwa Mieterstromprojekten, Contracting- und anderen Finanzierungsmodellen, zusammen mit den Stadtwerken und der Stadtsparkasse als Dienstleister, ist es möglich, die Energiewende in die Bürgerhände zu legen. Damit rückt die politische Beteiligung, die demokratische Teilhabe und die Mitbestimmung der Bürger in den Mittelpunkt.

Die Aufgabe der Stadtpolitik ist es, hierbei eine Vorbildfunktion einzunehmen und die Bürger wie auch die Institutionen bei der Umsetzung umfangreich zu unterstützen.

Sport

- **Zugang zu Sportmöglichkeiten für alle.**
- **Förderung von Kleinvereinen.**
- **Schwimmbäder verbleiben in Augsburger Hand.**
- **Ausbau des Rosenaustadions als multifunktionale Einrichtung, besonders auch für regionale Sportaktivitäten.**



Der Zugang zu Sportmöglichkeiten muss für alle Menschen gleichermaßen möglich sein, soziale und kulturelle Herkunftsschranken darf es nicht geben. Städtische Sportflächen sollen für alle Aktiven geöffnet werden. Die Verschränkung von schulischem Sport mit Kinder- und Jugendsportaktivitäten soll gefördert werden. Im Vereinswesen bedürfen vor allem Kleinvereine besonderer Unterstützung. Kommunale Sportstätten sollen in städtischer Hand bleiben und das Rosenaustadion könnte besonders für regionale Sportaktivitäten als multifunktionale Einrichtung ausgebaut werden. Da gerade das Schwimmen eine besonders kultur- und gesundheitsfördernde Bedeutung hat, müssen die städtischen Schwimmbäder erhalten und gegebenenfalls erneuert werden, es darf keine Privatisierungen geben.

Landwirtschaft und Gärtnereien

- **Bewahrung innerstädtischer Flächen für Gartenbau und Landwirtschaft.**
- **Ausbau eines regionalen Systems für eine Solidarische Landwirtschaft.**
- **Dezentrales und eigenständiges Vertriebssystem von Nahrungsmitteln.**



Innerhalb von zwei Jahrzehnten ist die Zahl von bäuerlichen Höfen und Gärtnereien um mehr als die Hälfte geschrumpft. Die Landwirtschaftspolitik der EU und der deutschen Regierungen haben industrielle Agrarkonzerne gefördert und damit massiv die Vernichtung von bäuerlichen Kleinbetrieben vorangetrieben. Der Großteil der landwirtschaftlich bewirtschafteten Flächen gehört nicht mehr denen, die Ackerbau betreiben, sondern vielmehr profitorientierten Finanzanlegern. Auch in den Augsburger Stadtteilen verschwinden mehr und mehr Höfe und Gärtnereien, Bodenversiegelung und falsche Wirtschaftsförderung vertreiben alteingesessene Landwirte.

Diese Entwicklung muss umgekehrt werden. Noch vorhandene landwirtschaftliche Betriebe müssen vor Finanzanlegern und auch vor Bodenversiegelung geschützt werden. Um deren Abhängigkeit von Großhändlern und Discountern zu reduzieren, sollen eigene Vertriebswege aufgebaut und in den Stadtteilen Märkte eingerichtet werden. Das Erhalten kleinbäuerlicher Agrarstrukturen ist von großer Bedeutung für die Sicherstellung der Versorgung der Stadt. Die Stärkung der Verbindung von Stadt und Land ist auch ein wichtiger kultureller Beitrag. Hofbesuche und die Möglichkeit von Mitarbeit auf den Feldern sollen der städtischen Bevölkerung Einblicke in das bäuerliche Leben geben und Stadt und Land näherbringen.

